

Umfrage: Österreicher wissen, dass sie länger arbeiten müssen

Man wird künftig länger arbeiten müssen und dennoch eine finanzielle Eigenvorsorge für die Zeit der Pension treffen müssen – das ist den Österreichern inzwischen klar geworden. In einer „market“-Umfrage sagen 78 Prozent, das System sei nicht mehr finanzierbar.

Conrad Seidl

Wien/Linz – Die Österreicher haben eine äußerst pessimistische Sicht des gesetzlichen Pensionssystems: Nur 23 Prozent sagen in einer market-Umfrage für den STANDARD, dass das staatliche Pensionssystem für sie persönlich ausreichend sein wird. Und 69 Prozent gehen davon aus, dass sie später in Pension gehen müssen, als das derzeit üblich ist.

Je jünger die Befragten sind, desto skeptischer sind sie“, berichtet market-Chef Werner Beutelmeyer: „Bei den Jungen glaubt etwa jeder Zwanzigste an die gesetzliche Pension, bei den Menschen über 50 Jahre erhoffen immerhin noch vier von zehn, dass sie genug Pension bekommen werden. Aber da muss man auch sehen, dass vielen in den letzten Jahren vor dem Pensionsantritt gar keine Alternative bleibt, als zu hoffen.“ Das Bewusstsein, dass man für die Zeit des Pensionsbezugs Eigenvorsorge treffen muss, ist bei jüngeren und höher gebil-

deten Befragten besonders ausgeprägt.

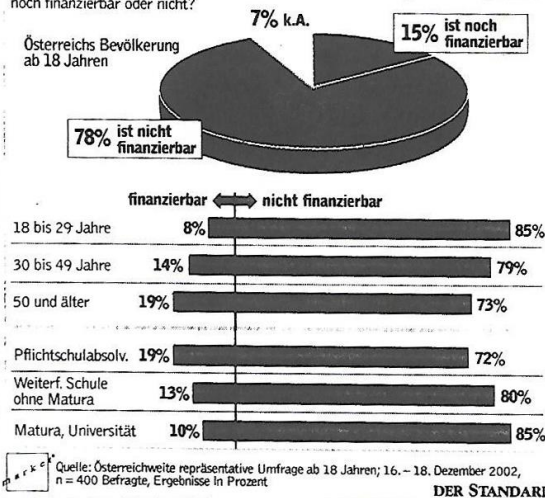
Das korreliert mit den Antworten auf die Frage: „Was glauben Sie – ist das Pensionssystem in seiner derzeitigen Form längerfristig noch finanzierbar oder nicht?“ Auch hier gibt es ein allgemeines Bewusstsein, dass die Pensionen so nicht mehr finanziert werden können; es ist bei Pflichtschulabsolventen und älteren Befragten allerdings etwas weniger stark verbreitet.

DER STANDARD ließ auch fragen: „Wenn Sie bedenken, in welchem Alter Österreicher heute in Pension gehen und an Ihre eigene Zukunft denken: Werden Sie etwa im selben Alter in Pension gehen wie die meisten Österreicher heute, werden Sie früher in Pension gehen oder werden Sie später in Pension gehen?“

Darauf sagten 69 Prozent, dass das Pensionsalter für sie persönlich steigen würde – das ist ein kontinuierlicher Zuwachs an Problembewusstsein in den letzten beiden Jahren. Im Mai 2001 war die Frage schon gestellt worden – nach-

Finanzierbarkeit des Pensionssystems

Frage: Was glauben Sie: Ist das Pensionssystem in seiner derzeitigen Form längerfristig noch finanzierbar oder nicht?



dem Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zum ersten Mal daran erinnert hatte, dass das gesetzliche Pensionsalter bei 65 Jahren liegt und derzeit in der Praxis erheblich unterschritten wird. Damals waren nur 56 Prozent der Meinung, dass sie später als heute üblich pensioniert werden würden, im November 2001 erwarteten 58 Prozent ein für sie steigendes Pensionsalter und jetzt sind es bereits 69 Prozent.

Nur 18 Prozent rechnen, dass sich für sie nichts ändern würde, acht Prozent träumen von einem sinkenden Pensionsalter.

Zeitpunkt wählbar

Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl sagte in der Fernseh-„Pressestunde“, man müsse die noch ausstehende Hälfte der angekündigten Senkung der Lohnnebenkosten gezielt dafür nutzen, ältere Arbeitnehmer in Beschäftigung zu halten.

Leitl ergänzte, dass jeder selbst entscheiden solle, wann er in Pension gehen wolle. Für ältere Arbeitnehmer, die keinen Job mehr finden, oder Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, müsse es „soziale Korrekturmaßnahmen“ geben. Insgesamt aber solle das Pensionssystem so gestaltet sein, dass jeder Beitragszahler anhand seines Pensionskontos abschätzen könnte, wie viel Pension er zu erwarten hat, wenn er zu einem bestimmten Zeitpunkt in Pension geht – wer länger arbeitet, bekäme demnach auch mehr. Vorausgesetzt, man schafft es, seinen Job bis ins höhere Alter zu behalten.

Auf eine derartige „Wahlfreiheit“ setzt auch der Pensionsexperte Bernd Marin: Wer früher in Pension gehen wolle (oder arbeitsmarktbedingt müsse), könne das ruhig tun – aber nicht auf Kosten der Versicherungsgemeinschaft.